

## Ungesteuerte Massenimmigration als Effekt moralischer Erpressbarkeit

Wie Europa zum Notlazarett der Gesellschaftskrise entwicklungsblockierter Länder deformiert werden soll

Teil I:

### Einleitung

#### Ursachenbekämpfung vor Ort statt Problemverlagerung via Migration

1. Zur herrschaftskulturellen Kausalität der nach Westen gesteuerten Flüchtlingsströme
2. Flucht nach Europa als Naturgesetz?

Teil II:

#### Gesellschaftliche Folgen der unregulierten Masseneinwanderung für die Aufnahmeländer. Das Beispiel Deutschland.

1. Ungesteuerter Zuwanderung als sozialökonomische "Bereicherung"?
  2. Ungesteuerte Zuwanderung als soziokulturelle "Bereicherung"?
  3. Ungesteuerter Zuwanderung als gesellschaftlicher Destabilisierungsfaktor
- Grundlegende Aspekte eines problemadäquaten Handlungskonzepts
- 

Teil I:

#### Grundlegende Aspekte eines problemadäquaten Handlungskonzepts

### Einleitung

Die Bilder und Berichte über die Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer gehen nahe und lösen spontan mitmenschliche Anteilnahme und Hilfsreaktionen aus. Zugleich werden sie aber auch interessenpolitisch gezielt dazu missbraucht, einseitige und vielfach abwegige Schuldzuweisungen vorzunehmen und vor allem die tieferliegenden Verursachungszusammenhänge der Misere zu verdrängen. Man gewinnt so den Eindruck, als solle die Erzeugung einer moralischen Korrumpierungsatmosphäre dazu dienen, sowohl eine kritische Analyse der Fluchtursachen von vornherein abzublocken als auch eine kritische Reflexion der sozialen Folgen der Flüchtlingsaufnahme für die betroffenen Einwanderungsländer auszuschließen<sup>1</sup>.

Gleichzeitig wird so getan, als sei die konkrete Form und Richtung des Fluchtbewegungsprozesses ein Naturgesetz, an dem man nichts ändern könne und das man schicksalhaft in seiner alternativlosen Gegebenheit einfach so hinnehmen müsse. Auf diese Weise werden die betroffenen Bevölkerungen der Aufnahmeländer gewissermaßen zu begossenen Pudeln degradiert und sowohl in ethischer als auch politischer Hinsicht entmündigt. Nur "Helfer" und alle möglichen Spezies moralischer NarzisstInnen und selbsternannter (vordergründiger) Philanthropen sind erwünscht - kritisches Hinterfragen und begründete Einwände hingegen verboten. Man kommt sich vor wie in einem fortgeschrittenen Übergangsstadium in einen "gutmenschlichen Gleichschaltungsfaschismus" der ideologisch besonders perfiden Art.

Im Kern, der politisch-medial umfassend desartikuliert wird, geht es um Folgendes: Kann und soll Europa (und dabei insbesondere auch Deutschland) zukünftig als - wahrscheinlich relativ rasch überfordertes - Aufnahmelager und Notlazarett für die vielfältige Masse der vom krisenhaften Zerbersten entwicklungsblockierter Länder Betroffenen und Bedrohten fungieren? Oder soll es sich im wohlverstandenen Eigeninteresse des soziokulturellen (säkular-demokratischen) Selbsterhalts dieser Zumutung verweigern, entsprechende Abwehrmaßnahmen durchsetzen und den Anteil soziokulturell disparater und integrationsunwilliger/-unfähiger Immigranten reduzieren? Dass die deutsche Bevölkerung diese Frage trotz grassierendem Bildungsverfall zumindest intuitiv erfasst hat, lässt sich daran ablesen, dass 37% der Deutschen laut Eurobarometer 82 Immigration als wichtigstes Thema bzw. wichtigste Herausforderung für Deutschland und Europa ansehen.

#### Ursachenbekämpfung vor Ort statt Problemverlagerung via Migration

##### 1. Zur herrschaftskulturellen Kausalität der nach Westen gesteuerten Flüchtlingsströme

Der tieferliegende Grund für die Zuwanderungs- und Flüchtlingsströme aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten ist die herrschaftskulturell bedingte Unfähigkeit der dortigen, in starkem Maße islamisch geprägten Länder, die angehäuften sozialen Widersprüche und Krisenprozesse progressiv zu verarbeiten, d.h. im Rahmen ei-

---

<sup>1</sup> Dabei ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Flüchtlinge im Hinblick auf deren Status um illegale Zuwanderer handelt.

ner nachhaltigen Modernisierungsrevolution zu lösen. Stattdessen werden die krisenauslösenden vormodernen Sozialverhältnisse, Herrschaftsstrukturen, Normen, ethnoreligiösen Konflikttraditionen und Mentalitäten etc. fixiert und infolge der fehlgeschlagenen westlichen Entwicklungshilfe- und Bündnispolitik durch parasitäre, korrupte und kleptokratische Strukturen negativ ergänzt. Hinzu kommen darüber hinaus zum Teil ökonomische und handelspolitische Beeinträchtigungen im Zuge der postkolonialen kapitalistischen Globalisierung, die aber im Endeffekt nicht die ausschlaggebende Relevanz der intern reproduzierten Krisenfaktoren übertreffen.

**Im Einzelnen sind hier folgende Ursachenaspekte anzuführen, deren Folgen nun den Zielländern der Fluchtbewegungen durch Problemverlagerung aufgenötigt werden sollen:**

**1. Ein zentraler Aspekt der in den Fluchtländern tradierten vormodernen Herrschaftskultur ist der islamisch begründete Patriarchalismus<sup>2</sup>.** Dieser wiederum generiert folgenden wesentlichen Grundwiderspruch der modernisierungsresistenten Gesellschaften: Je stärker die beherrschte und abhängige Ungleichstellung der Frauen ausgeprägt ist, desto höher die durchschnittliche Kinderzahl und desto knapper sind die positionellen Güter wie Arbeitsplätze, Bildungs- und Karrieremöglichkeiten, Wohnungen etc. - kurzum: Lebenschancen - für die nachwachsenden Generationen.

Daraus folgt: Je länger eine umfassende soziokulturelle Modernisierungsrevolution auf Kosten der orthodox-islamischen Normativität hinausgezögert und die "muslim youth bulge" (der muslimische Jugendüberschuss) nicht nachhaltig reduziert wird, desto katastrophaler könnten die gesamtgesellschaftlichen und globalen Folgen sein.

Generell gilt, nicht nur für islamische, sondern auch für andere religiös-vormodern normierte Gesellschaften, dass gegenwärtig mit 1,8 Milliarden mehr Menschen auf der Welt als je zuvor zwischen zehn und 24 Jahre alt sind. Davon leben 89 Prozent in Entwicklungsländern. In den am wenigsten entwickelten Ländern macht diese Altersgruppe 32 Prozent der Bevölkerung aus. "In Afghanistan, Ost-Timor und 15 Ländern in Afrika südlich der Sahara ist sogar die Hälfte der Bevölkerung jünger als 18 Jahre" (Weltbevölkerungsbericht 2014, S. 2)<sup>3</sup>. Der hohe Anteil von Jugendlichen schlägt sich erwartungsgemäß in einer hohen Arbeitslosenrate nieder: "Im Jahr 2013 waren weltweit 73,4 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos - etwa 36 Prozent der insgesamt 202 Millionen-Arbeitslosen" (ebenda, S. 17).

Nur 22 Prozent der heranwachsenden Frauen nutzen Verhütungsmittel; zugleich werden täglich etwa 39.000 Mädchen unter 18 Jahren fremdbestimmt verheiratet. "Zwischen 2000 und 2011 waren schätzungsweise 34 Prozent der 20- bis 24-jährigen Frauen in Entwicklungsländern verheiratet oder in einer festen Partnerschaft, bevor sie 18 Jahre alt waren - schätzungsweise zwölf Prozent von ihnen sogar schon in einem Alter unter 15 Jahren" (ebenda, S. 18).

"Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden 2015 rund 395 Millionen Menschen in den arabischen Ländern beheimatet sein (zum Vergleich: 2007 waren es rund 317 Millionen und 1980 150 Millionen)."<sup>4</sup> Mit 60 Prozent der Bevölkerung, die 25 Jahre alt oder jünger sind, weisen die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens den weltweit höchsten Anteil junger Leute an der Gesamtbevölkerung auf.

Von 1950 bis 1995 wuchs die Bevölkerung in Afrika von 230 Millionen auf 717 Millionen; im Nahen Osten von 39 auf 151 Millionen. (Vgl. Klingholz/Sievert 2014, S. 7) Dieses hohe Bevölkerungswachstum korreliert negativ mit einer gleichzeitig gegebenen wirtschaftlichen Stagnation bzw. zu niedrigen ökonomischen Wachstumsdynamik: "Nach 1980 gab es in der Region nahezu zweieinhalb Jahrzehnte lang fast kein Wirtschaftswachstum. Angaben der Weltbank zufolge stieg in den arabischen Ländern das reale BIP pro Kopf in den 24 Jahren zwischen 1980 und 2004 um insgesamt nur 6,4 Prozent (das heißt um weniger als 0,5 Prozent pro Jahr)."<sup>5</sup>

Die unmittelbare Folge dieses Gegensatzes zwischen Bevölkerungswachstum/Jugendüberschuss und wirtschaftlicher Stagnation sind eine hohe Arbeitslosigkeit sowie eine hohe Armutsrate. Dabei liegt die Jugendarbeitslosenquote in den arabischen Ländern doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnittswert. Insgesamt wird davon ausgegangen, "dass die arabischen Länder bis 2020 etwa 51 Millionen neue Arbeitsplätze benötigen."<sup>6</sup> Nach der internationalen Armutsschwelle von zwei Dollar pro Tag lebten 2005 20,3 Prozent der arabischen Bevölkerung in Armut. Legt man die höhere, nationale Armutsschwelle zu Grunde, dann liegt die Armutsquote bei 39,9 Prozent, was einer geschätzten Zahl von 65 Millionen Arabern entspricht.

In Nigeria, dem Land mit der größten Volkswirtschaft in Afrika, zeigt sich zum einen exemplarisch das Dilemma der Bevölkerungsexplosion an sich und zum anderen nochmals die soziokulturell unterschiedlich verteilte Antriebsdynamik dieses Prozesses: "Nach Prognosen der Vereinten Nationen dürfte die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 auf über 440 Millionen anwachsen. Dies entspricht in etwa der heutigen Einwohnerzahl Nordamerikas, al-

---

<sup>2</sup> Zur Konstitution des islamischen Patriarchalismus vgl. zum Beispiel den folgenden Kurzttext: <http://www.hintergrundverlag.de/texte-islam-krauss-ehrenmorde-haben-sehr-wohl-mit-dem-islam-zutun.html> Ausführlich: Arsel 2012.

<sup>3</sup> [http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht\\_2014.pdf](http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht_2014.pdf)

<sup>4</sup> Arabischer Bericht über menschliche Entwicklung 2009. Herausforderungen für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten (Kurzfassung), S. 3.

<sup>5</sup> Quelle wie Anmerkung zuvor, S. 11.

<sup>6</sup> 6 Quelle wie Anmerkung zuvor, S. 12.

lerdings auf einem Zehntel der Fläche."<sup>7</sup> Im überwiegend muslimischen Norden liegt die Geburtenrate pro Frau mit sechs Kindern deutlich über der Rate im überwiegend christlichen Süden mit vier Kindern pro Frau.

Das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem ist nicht in der Lage, den rasant angewachsenen/anwachsenden Nachwuchs adäquat auszubilden. "Bei der letzten Erfassung im Jahr 2010 gingen gerade einmal 64 Prozent der nigerianischen Kinder im Grundschulalter zur Schule. Damit blieb 8,7 Millionen Kindern der Grundschulbesuch verwehrt. Zwar werden viele Kinder verspätet eingeschult und mit Grundkenntnissen in Lesen, Schreiben und Rechnen ausgestattet, doch bleiben sie im Allgemeinen weit hinter dem Notwendigen zurück."<sup>8</sup>

"In Mali gehen 27 Prozent der Kinder im Grundschulalter überhaupt nicht in die Schule. Im Jemen sind es 13 Prozent, in Ghana 18 und in Eritrea sogar 66 Prozent" (Klingholz/Sievert 2014, S. 10).

Infolgedessen ist ein Großteil der Jugend weder für den lokalen noch für den globalen Arbeitsmarkt auch nur annähernd hinreichend qualifiziert, und so liegt die landesweite Rate der Jugendarbeitslosigkeit in Nigeria bei über 60 Prozent.

## **2. Die Wirkung des demographisch-sozialökonomischen Grundwiderspruchs wird zusätzlich verschärft durch die umfassende politische Repression, Korruption, Willkürherrschaft und Vetternherrschaft, wie sie in den entweder autokratisch regierten oder von militanter Anarchie und Staatszerfall gekennzeichneten Ländern vorherrscht.**

Auch hier verdeutlicht ein Blick auf Nigeria die verhängnisvollen Zusammenhänge. Obwohl das Land über große Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügt, versickern die eingenommenen Petrodollars im korrupten Wirtschaftssystem. "Schätzungen zufolge wurden seit den 1970er Jahren durch die nigerianische Führungselite mehr als 400 Milliarden US-Dollar aus den Öleinnahmen veruntreut."<sup>9</sup> Gleichzeitig leben fast zwei Drittel aller Nigerianer nach Angaben der Weltbank unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar am Tag. Hinzu kommt, "dass die Rohstoffe das Land gänzlich unverarbeitet verlassen und deshalb kaum Jobs schaffen. So muss Nigeria teuer Benzin aus dem Ausland importieren, um den Eigenbedarf zu decken."<sup>10</sup>

## **3. Die inneren Ursachen der Krisendynamik sowie der herrschaftskulturell bedingten Rückständigkeit werden darüber hinaus durch ungleiche und unfaire Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zugespitzt.**

So führt zum Beispiel der Erwerb von Fischereirechten seitens westlicher Länder dazu, dass den westafrikanischen Fischern durch die überlegene Kapazität und Effektivität der zumeist europäischen Fangflotten die ökonomische Lebensgrundlage zerstört wird. Die den afrikanischen Ländern oftmals aufgenötigte Liberalisierung der Handelsbeziehungen<sup>11</sup> hat wiederum eine Überschwemmung der dortigen Märkte mit westlichen Billigprodukten aus zum Teil subventionierten Überproduktionsbeständen zur Folge, mit denen einheimische Produzenten (zum Beispiel Bauern) nicht konkurrieren können und deshalb ihre Existenzgrundlage einbüßen. Während also die eine (Export-)Fraktion des westlichen Kapitals aus ungleichen ökonomischen Beziehungen mit Afrika ihren Profit zieht und zugleich die dortigen Lebensgrundlagen beeinträchtigt, d.h. Fluchtursachen mitproduziert, profitiert die andere migrationsindustrielle Fraktion -selbstverständlich immer unter dem Werbebanner des selbstlosen Philanthropismus - von der Bewirtschaftung der Flüchtlingsaufnahme, -unterbringung und -betreuung. - Das Ganze natürlich wie immer auf Kosten und auf dem lebensweltlichen Rücken der lohnabhängigen und von politischer Teilhabe weitestgehend ausgeschlossenen Steuerzahler.

**Halten wir also fest:** Eine hohe Geburtenrate infolge vormodern-patriarchalischer Sozialnormen führt bei ökonomischer Stagnation, handelspolitischer Unterlegenheit und ausgeprägter Korruption sowie repressiv abgesicherter sozialer Ungleichverteilung zu extrem hoher Arbeitslosigkeit und damit zu einem Heer junger, zumeist unqualifizierter/bildungsferner und perspektivloser Menschen, die vor dem Hintergrund irrational-rückständiger (islamisch geprägter) Sozialisationsverhältnisse zur leichten Beute radikalislamischer Rekrutierungsbemühungen werden können.

Im Falle Nigerias wären das die Terrormilizen von Boko Haram, die ihr mörderisches Treiben über die Landesgrenzen nach Niger, Kamerun und den Tschad ausweiten. "Boko Haram" heißt bekanntlich "westliche Bildung, Kultur verboten", womit im Grunde das militant-konterrevolutionäre Gesamtprogramm des internationalen Djihadismus umrissen ist: Eliminatischer Hass auf die säkulare Moderne, Demokratie, Menschenrechte und Führung eines permanenten Ausrottungsfeldzuges gegen jeden Ansatz einer freiheitlichen Lebensweise, die sich dem Zwang zur Unterwerfung unter eine diktatorisch verordnete Gottesknechtschaft verweigert.

## **4. Die Aufstandsbewegungen in den islamischen Ländern haben offenkundig nicht zu einer Demokratisierung und Modernisierung geführt, sondern im Gegenteil aufgrund fehlender politischer, kultureller und mentaler Fortschrittsressourcen einen regressiven Aufschwung radikalislamischer Bewegungen bewirkt und damit die**

---

<sup>7</sup> Demos-Newsletter 184, 27.03.2015, S. 3.

<sup>8</sup> Quelle wie Anmerkung zuvor.

<sup>9</sup> Quelle wie Anmerkung zuvor, S. 2.

<sup>10</sup> Quelle wie Anmerkung zuvor.

<sup>11</sup> Diese Aufnötigung verläuft nach dem Prinzip "Kreditvergabe gegen Liberalisierung" (D.h.: Senkung oder Abschaffung von Zöllen; Marktöffnung; Senkung der Staatsausgaben; Privatisierung der Staatsbetriebe.)

gesamtgesellschaftliche Misere qualitativ verschärft<sup>12</sup>. Länder wie Syrien, Libyen, Irak, Jemen, Somalia, Afghanistan, aber auch zahlreiche weitere afrikanische Länder sind als politisch und territorial zerfallende Staaten zum Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen geworden, die neben barbarischen Auswüchsen auch Züge eines innerislamischen Religionskrieges zwischen den klassisch verfeindeten Sunniten und Schiiten beinhalten. Als anheizende und ausschlaggebende Hauptakteure stehen sich hier die folgenden Blöcke gegenüber:

**A. Der von Saudi-Arabien und anderen reichen Golfstaaten angeführte Block der militanten Sunniten, der wiederum einen Binnenkonflikt mit den sunnitischen Terrormilizen (IS) aufweist.**

**B. Der vom Iran angeführte und unterstützte Block der militanten Schiiten (Assad-Regime, Hisbollah, Huthi-Rebellen, irakisch-schiitische Milizen).**

Als kontraproduktiv und problemverschärfend hat sich darüber hinaus auch das strategisch kopflose, Langzeitfolgen nicht berücksichtigende militärisch-politische Eingreifen der USA und anderer westlicher Länder erwiesen, so bereits bei der antisowjetischen Unterstützung der afghanischen Mujahedin durch die USA, der amerikanischen Kriegsführung im Irak, der Wegbombardierung des Gaddafi-Regimes in Libyen, der Kumpanei mit Saudi-Arabien bei gleichzeitiger Destabilisierung des Assad-Regimes (als eklatant kleineres Übel im Vergleich zur derzeitigen Situation) u.s.w. Nur in Ägypten wurde die Lektion praktisch zum Erfolg geführt, dass ein säkular-autokratisches Regime immer noch "besser" ist als eine islamische Scharia-Diktatur oder ein von radikalislamischen Bewegungen erbeuteter failed state.

## 2. Flucht nach Europa als Naturgesetz?

Während also ein Teil der jungen, unqualifizierten, in vormodernen Traditionen erzogenen und unter repressiv-korrupten Bedingungen aufgewachsenen "Überschussbevölkerung" sich radikalislamischen Gruppen anschließt, versucht ein anderer, größer werdender Teil aus den besagten Krisen- und Kriegsgebieten vornehmlich nach Europa zu gelangen, um dort ein vermeintlich "besseres Leben" zu gewinnen<sup>13</sup>. Dabei handelt es sich nicht um die Ärmsten der Armen, sondern vielmehr hauptsächlich um jüngere männliche Angehörige der urbanen Mittelschicht, die über genügend finanzielle und physische Ressourcen verfügen, um Schlepper zu bezahlen und die risikokalkulierte Überfahrt über das Mittelmeer zu wagen. Laut Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge waren im vergangenen Jahr 66,6 Prozent aller Asylbewerber, die einen Erstantrag stellten, Männer. 2013 hatte ihr Anteil 63,4 Prozent betragen und im Jahr zuvor 61,8 Prozent. "Den prozentual höchsten Männeranteil wiesen 2014 mit 77,5 Prozent die 18- bis unter 25jährigen auf. Sie waren mit 40.355 Personen (23,3 Prozent aller Asylbewerber) zahlenmäßig auch gleichzeitig die größte Gruppe."<sup>14</sup>

Es gibt aber auch einen dritten, "edleren" Teil, der in den Krisenländer verbleibt, um sich vor Ort für wirtschaftliche Verbesserungen, für mehr Bildung, für Modernisierung und Demokratisierung einzusetzen und der die flüchtenden Landsleute außerhalb der unmittelbaren Kriegsgebiete dafür kritisiert, dass sie vor diesen progressiven bzw. entwicklungsnotwendigen Aufgabestellungen einfach weglaufen.

Demnach gibt es unterschiedliche Perspektiven auf die Flüchtenden und nicht nur das von den Medien und der Migrationsindustrie eindimensional "hochgezogene" Klischee vom absolut alternativlosen Elendsflüchtling, der überhaupt gar keine andere Wahl hat, als mit Schleppern gen Westen übers Mittelmeer ausgerechnet nach Deutschland zu gelangen - mit dem unbedingten/nötigenden Anspruch, dass ihm *ausschließlich hier* geholfen werden *muss*. Obwohl es vielfach so suggeriert wird, ist die bisherige Lenkung der Flüchtlingsströme nach Europa kein zwangsläufiges Naturgesetz.

Dahinter steckt vielmehr ein ganzes Bündel von zum guten Teil durchaus kontingenten (nicht zwangsläufigen bzw. umkehrbaren) Push-Pull- Faktoren, das sich einerseits aus gezielt produzierten und andererseits aus spontanen "Versatzstücken" zusammensetzt, die sich wiederum zum Teil fatal verschränken: **So sind die Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer das Resultat einer Verkettung von (a) lockenden Heilsversprechen der kriminellen Schleuser, (b) Heilserwartungen der illegalen Bootsflüchtlinge und (c) politisch-medialen Signalen der hauptsächlich europäischen Aufnahmeländer und ihrer Institutionen, die diese Werbe- und Erwartungsmuster bedienen und immer wieder stimulieren.**

**1.** Bei genauerer Betrachtung handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Flüchtenden/irregulären Zuwanderer wie bereits aufgezeigt um jüngere männliche Angehörige aus der urbanen Mittelschicht der Herkunftsländer, die das nötige Geld für die Bezahlung der kriminellen Schleuser aufbringen können. Es kommen also nicht die "Ärmsten der Armen", sondern die im Maßstab der Herkunftsländer besser gestellten und besser ausgebildeten Personen. So begeben sich Afrikaner bis zu hundert Mal mehr mit Hochschulabschluss auf eine Wanderung als

<sup>12</sup> Zur Kennzeichnung des Islamismus als regressive Widerspruchsverarbeitung vgl. Krauss 2008.

<sup>13</sup> Bei dieser zahlenmäßig überwiegender Gruppe, die keine politischen Asylgründe vorweisen kann, handelt es sich definitionsmäßig nicht wirklich um "Flüchtlinge", sondern de facto um illegal Einreisende mit einem hohen Nötigungspotenzial. Denn laut der Genfer Flüchtlingskonvention (Artikel 1) weist nur diejenige Person einen Flüchtlingsstatus auf, "die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann."

<sup>14</sup> <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/immer-mehr-maennliche-asylbewerber/>

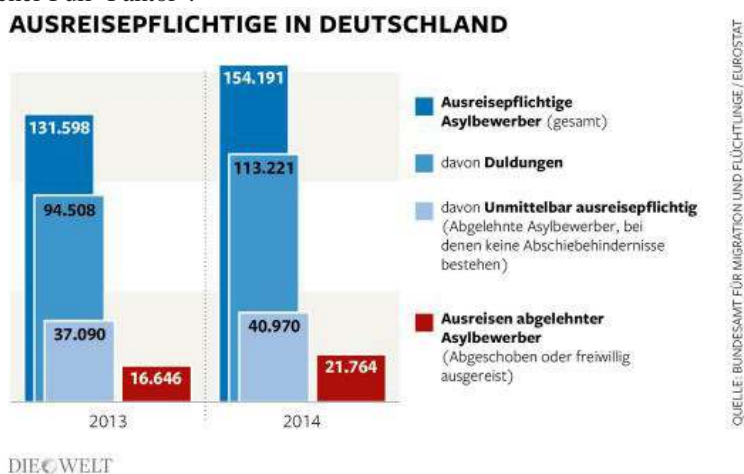
Personen, die maximal eine Grundausbildung absolviert haben. (Klingholz/Sievert 2014, S. 20f.) Damit findet ein fataler Brain-Drain statt, der den entwicklungsblockierten Ländern enorme Kapazitäten entzieht und sie noch weiter ins Elend treibt. Offen und zukünftig genauer zu klären bleibt hier andererseits die Frage, ob die mitgebrachten Qualifikationen der Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber und illegal Eingereisten für den europäischen/deutschen Arbeitsmarkt ausreichend sind, so dass sich daraus nachhaltige berufliche Integrationsprozesse ergeben. Darüber wäre eine exakte statistische Rechenschaftslegung seitens der zuständigen Institutionen im Sinne eines aussagekräftigen "Integrationsbarometers" erforderlich, das wahrheitsorientierten (tabufreien) wissenschaftlichen Standards gehorcht und nicht "politisch-korrekten" (Zensur-)Vorgaben.

2. So tragisch das Ertrinken von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer auch ist, betrifft es doch nur einen kleinen Teil der Aufgebrochenen. Deshalb ist folgende Risikoabwägung nicht einfach von der Hand zu weisen: "Die Migranten kalkulieren genau. Sie wissen, dass die Überfahrt übers Mittelmeer für durchschnittlich rund 2 Prozent der Reisenden tödlich endet. Das ist tragisch und schlimm. Aber die illegalen Wirtschaftsmigranten nehmen dieses Risiko in Kauf, weil sie wissen, dass 98 Prozent der Flüchtenden den Transfer schaffen. Nicht die kriminellen Schlepper sind das primäre Problem. Die Tatsache, dass Europa seine Südgrenze nicht sichert, macht für die Wirtschaftsflüchtlinge die Schlepperzahlungen trotz gelegentlichen Todesfällen zu einer lohnenden Investition. Wer das europäische Festland erreicht hat, muss nicht mehr mit einer Rückführung rechnen. Nicht die Toten, die zahllosen Überlebenden sind der Maßstab."<sup>15</sup>

3. Dieses illegale Zuwanderung zusätzlich stimulierende Risikokalkül wird darüber hinaus entscheidend durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ergänzt und abgesichert, das eine direkte Rückführung der Flüchtlinge an die afrikanischen Küsten im Februar 2012 als vorgeblich unvereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention eingestuft hat. In der Konsequenz spielt dieses Urteil den Akteuren der Schleuserkriminalität direkt in die Hände und untergräbt bzw. eliminiert ausschlaggebend die Handlungsmöglichkeiten zur Abwehr irregulärer Zuwanderung als notwendiges Mittel zur Sicherung staatlicher Souveränität. Denn: "Ohne funktionierende Grenzkontrollen, ohne eine Kontrolle der irregulären Migration und des Menschenhandels ist weder eine organisierte reguläre Migration noch eine faire Asyl- und Flüchtlingspolitik möglich" (Klingholz/Sievert 2014, S. 25). Hervorzuheben ist in diesem Kontext auch der negative, aber sorgsam ausgeblendete Tatbestand, dass sich die nordafrikanisch-islamischen Mittelmeerländer überhaupt nicht an Rettungsaktionen der in Seenot geratenen Flüchtlinge beteiligen, andererseits aber als mehr oder minder passive Homebase der kriminellen Schleusernetzwerke fungieren.

4. Als zentraler Magnet bzw. Anziehungsfaktor für illegale Zuwanderung wirkt der Sachverhalt, dass der deutsche Staat seine eigenen rechtsstaatlichen Prinzipien missachtet und illegale Zuwanderer bzw. abgelehnte Asylbewerber nicht abschiebt. So standen 2014 202.834 Asylanträgen, von denen zwei Drittel abgelehnt wurden, 21.764 freiwillige Ausreisen und Abschiebungen abgelehnter Bewerber gegenüber (2013: 127.023/16.646). Eine sog. "Unterarbeitsgruppe Vollzugsdefizite" stellte fest, dass zwischen Januar und September 2014 aus den sogenannten sicheren Herkunftsstaaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina 31.000 abgelehnte Asylbewerber ausreisepflichtig gewesen seien, aber nur 2.595 abgeschoben wurden. Weiter heißt es: Von 84.850 Personen, die Ende des Jahres 2012 geduldet waren (sie hatten also kein Asyl zugesprochen bekommen), hielten sich zwei Jahre später immer noch mehr als 53.000 in Deutschland auf. Die Autoren schreiben, dass die Zahl der ‚Rückführungsdefizite‘ angesichts steigender Asylbewerberzahlen weiter wachsen werde."<sup>16</sup>

In einem instruktiven Artikel vom 15. März 2015 zitierte DIE WELT den Vorsitzenden der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Rückführung (AG Rück), Wilfried Burghardt, mit folgenden Worten: "Deutschland zieht auch wegen des relativ niedrigen Abschiebungsrisikos so viele Asylbewerber an. Die Mängel bei der Aufenthaltsbeendigung sind ein wesentlicher Pull- Faktor".<sup>17</sup>



<sup>15</sup> <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2015-18/editorial-grenzen-die-weltwoche-ausgabe-182015.html>

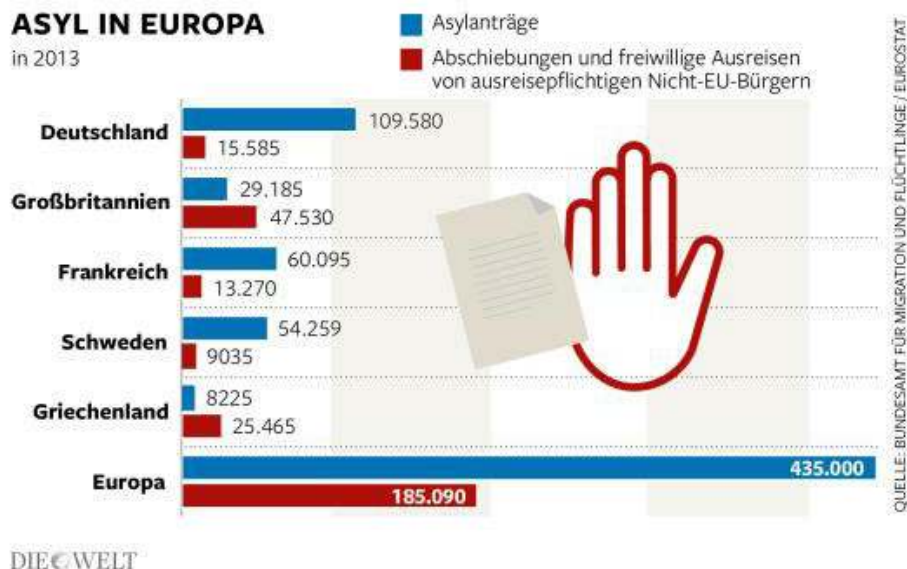
<sup>16</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaender-wer-einmal-in-deutschland-ist-wird-selten-abgeschoben-13601134.html>

<sup>17</sup> <http://www.welt.de/politik/deutschland/article138669557/Warum-Deutschland-so-wenige-Asylbewerber-abschiebt.html>

Als zentrales Vollzugshindernis bei der Bearbeitung von Asylanträgen wird von den Behörden immer wieder der Umstand angeführt, dass die illegal eingeschleusten Antragsteller aufgrund der Instruktion durch die Schleuserkriminellen bewusst-vorsätzlich keine Ausweispapiere vorlegen, um auf diese Weise die Klärung der Identität zu behindern.

**Der Grund: Ohne Feststellung der Identität kann niemand abgeschoben werden.** "Mehr als 80 Prozent der eingereisten Asylbewerber geben an, keine Pässe oder sonstige Dokumente zu haben. Viele haben Ausweis, Geburtsurkunde und andere identifizierende Dokumente verloren, vor der Einreise nach Deutschland vernichtet oder sie werden den deutschen Behörden nicht vorgelegt."<sup>18</sup> Zudem werden mitunter falsche Herkunftsländer angegeben. "Nigerianische Asylbewerber behaupten oftmals, aus Kamerun, Zimbabwe oder Sudan zu stammen. In einigen Fällen kann das dann zwar durch eine Sprach- und Textanalyse widerlegt werden. Dadurch entstehen aber zusätzliche Kosten, und durch den bürokratischen Aufwand zieht sich das Verfahren weiter in die Länge."<sup>19</sup>

Hinzu kommt, dass aufgrund der Schere zwischen rasant steigenden Asylbewerberzahlen einerseits und stagnierender bzw. punktuell reduzierter Personaldecke in den zuständigen Behörden andererseits die Bearbeitung von Rückführungen auf der Strecke bleibt: "Während sich in diesem Zeitraum die Zahl der Asylbewerber um 600 Prozent erhöht habe (von 33.000 im Jahr 2009 auf mehr als 200.000 im Jahr 2014), habe sich die Personalsituation bei 85 Prozent der Behörden entweder nicht erhöht oder sogar verringert."<sup>20</sup> "Allein die statistischen Werte belegen", so heißt es in dem internen Bericht der "Unterarbeitsgruppe Vollzugsdefizite", "dass ohne massive Personalverstärkung bei den Vollzugsbehörden keine realistische Aussicht besteht, die Vollzugssituation erkennbar zu verbessern."<sup>21</sup> In Verbindung mit der vergleichsweise günstigeren Unterbringung, materiellen Versorgung, sozialen Betreuung und antizipierten Alimentierung führt der Abschiebungsverzicht - noch ergänzt durch die deutsche "Unterstützungsindustrie für illegale Immigranten"<sup>22</sup> - dazu, dass Deutschland neben Schweden zum europäischen "Traumland" für Asylbewerber geworden ist:



Insgesamt leben nach Auskunft des Bundesinnenministeriums vom Januar 2015 600.000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland<sup>23</sup>. 2015 (Stand bis April) wurden in Deutschland 38,4 Prozent der Asylanträge in einer Sachentscheidung abgelehnt. Darunter fallen vor allem Einreisende aus sicheren Herkunftsländern wie Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Mazedonien u.a.

**5.** Von illegalen Zuwanderern strikt zu trennen sind Kriegsflüchtlinge aus lebensbedrohlich umkämpften Gebieten wie aktuell insbesondere Syrien und die vom Islamischen Staat (IS) terrorisierten Regionen. Steht einerseits außer Zweifel, dass dieser Personengruppe Schutz zu gewähren ist, so ist andererseits grundsätzlich zu fordern, dass angesichts der großen Zahl von Betroffenen und gemäß dem Grundsatz eines ungeteilten humanitären Universalismus auf UNO-Ebene und im Folgenden auf regionalen Ebenen (EU; ASEAN etc.) ausgewogene Aufnahmekontingente auszuhandeln und festzulegen sind. Es kann also nicht sein, dass Kriegsflüchtlinge aus islamischen Län-

<sup>18</sup> Siehe Quelle wie Fußnote zuvor.

<sup>19</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/behoerden-bei-abschiebung-von-asylbewerbern-ueberfordert-13418947.html>

<sup>20</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/auslaender-wer-einmal-in-deutschland-ist-wird-seltenabgeschoben-13601134.html>

<sup>21</sup> Siehe Quelle wie zuvor.

<sup>22</sup> Zu den Säulen dieser Unterstützungsindustrie zählen kommerzielle Hilfsorganisationen, Lobbyverbände der Asylszene, Kirchen und Aktivistengruppen zur rechtsbeugenden Verhinderung von Abschiebungen sowie zur Beratung zwecks Erschleichung von Abschiebehindernissen. "So informieren Organisationen wie der Flüchtlingsrat Niedersachsen unanfechtbar abgelehnte Asylbewerber etwa über die Möglichkeit, eine Ehe anzustreben oder Kinder zu bekommen." <http://www.welt.de/politik/deutschland/article138669557/Warum-Deutschland-so-wenige-Asylbewerber-abschiebt.html>

<sup>23</sup> <http://www.cicero.de/berliner-republik/bundestagsvizepraesident-ueber-dresdner-demonstranten-pegida-anhaenger-nicht-zu>

dem verstärkt nach Europa gelangen sollen, während andere Weltregionen, darunter islamische Kerngebiete, eine "No-way"-Politik betreiben. So ist es zum Beispiel absolut inakzeptabel, dass die angebliche "Festung Europa" mit sich verstärkenden Flüchtlingsströmen konfrontiert wird und überdies als alleiniger Seenotretter fungieren soll, während gleichzeitig die reichen arabischen Ölstaaten wie Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain sich systematisch abschotten und die Aufnahme von Flüchtlingen verweigern, obwohl diese in vielen Fällen die gleiche Sprache sprechen und der gleichen religiösen Weltanschauung anhängen, also in hohem Maße kulturell und normativ konvergent sind.

Auf der einen Seite errichten Saudi-Arabien und Katar mit Hilfe westlicher Unternehmen und Militärberatern hohe Elektrozaune zur Grenzsicherung, auf der anderen Seite finanzieren und unterstützen sie islamistische Bewegungen und Terrorgruppen und heizen damit die Fluchtursachen nachhaltig an. Ihr Ziel ist der Sturz des alawitischen Assad-Regimes sowie die Schwächung des Irans als regionaler schiitischer Machtrivale. Die daraus erwachsenden Folgeprobleme in Gestalt riesiger muslimischer Flüchtlingsströme will man sich freilich vom Halse halten und gen Westen lenken, mit dem willkommenen Nebeneffekt, dort die infrastrukturellen und personellen Basen für fortschreitende Islamisierungsprozesse aufzufüllen<sup>24</sup>. Wenn die Begründung für die Abschottungspolitik der arabischen Ölstaaten lautet, man wolle eine gesellschaftliche Destabilisierung vermeiden und das zerbrechliche Gleichgewicht der herrschenden Dynastien nicht gefährden, dann kann das aus europäischer Sicht nur als obszöne Zumutung gewertet sowie als politisch absolut inakzeptable Haltung behandelt werden. Das gilt gleichfalls für mehrheitlich islamische Länder wie Indonesien und Malaysia, aber auch für Thailand, die Flüchtlingsboote aus Myanmar und Bangladesch mit muslimischen Rohingya zunächst abfangen und aufs offene Meer zurückzwingen, um damit nachdrücklich zu demonstrieren, dass Flüchtlinge nicht willkommen sind<sup>25</sup>. Erst nach einem Krisengipfel auf Druck der internationalen Öffentlichkeit teilte dann der malayische Außenminister Anifah Aman Mitte Mai 2015 mit, dass man vorübergehend 7.000 Menschen aufnehmen und versorgen werde, "vorausgesetzt, die internationale Gemeinschaft sorgt innerhalb eines Jahres dafür, dass sie anderswo angesiedelt werden."<sup>26</sup>

---

## Teil II:

### Gesellschaftliche Folgen der unregulierten Masseneinwanderung für die Aufnahmeländer. Das Beispiel Deutschland.

#### 1. Ungesteuerte Zuwanderung als sozialökonomische "Bereicherung"?

Die reklametechnische Behauptung der Migrationindustrie und ihrer politisch-medialen Werbeagenturen, Einwanderung stelle grundsätzlich eine Bereicherung dar und führe zu einer Vermehrung von positiver Vielfalt und "Buntheit", ist nicht nur oberflächlich, sondern in dieser realitätsabstrakten Allgemeinheit schlicht falsch.

Tatsache ist vielmehr, dass generell Menschen mit Migrationshintergrund (MH) bundesweit zwei- bis dreimal so häufig arbeitslos wie Einheimische und mehr als doppelt so häufig auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind wie Personen ohne Migrationshintergrund. Laut der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung vom März 2014, ergibt sich folgendes Bild. "Von den 2,14 Millionen Arbeitslosen (September 2013) mit Angaben zum Migrationsstatus hat mit 767.000 deutlich mehr als ein Drittel (36 Prozent) einen Migrationshintergrund."

Zwei Fünftel der Arbeitslosen in der Grundsicherung haben einen Migrationshintergrund. "Bundesweit zeigt sich in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (41%) ein deutlich höherer Anteil von Arbeitslosen mit MH als im SGB III mit 26%." Mehr als zwei Drittel der Arbeitslosen mit MH sind ohne formalen Berufsabschluss. In der Gesamtgruppe der Menschen mit MH haben fast zwei Fünftel keine (formale und anerkannte) abgeschlossene Berufsausbildung.

"Bei Arbeitslosen ohne MH lag der Anteil der Geringqualifizierten bei 37%, bei den Arbeitslosen mit MH war dieser hingegen mit 67% fast doppelt so hoch."

Betrachtet man die Migranten differenziert nach Herkunftsgruppen, dann liegen wiederum Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bei fast allen Arbeitsmarktindikatoren deutlich unter dem Durchschnitt aller Migranten. "In keiner anderen Gruppe finden sich weniger Erwerbspersonen, nirgendwo ist der Anteil der Hausfrauen höher und sind weniger Erwerbstätige im öffentlichen Dienst und in Vertrauensberufen beschäftigt" (Berlin-Institut 2014, S. 46).

Während türkisch-muslimische Zuwanderer einerseits im Durchschnitt das schlechteste Qualifikationsprofil und deshalb eine besonders hohe Rate von Arbeitslosengeld-II-Beziehern aufweisen, leben sie andererseits vergleichsweise in größeren Bedarfsgemeinschaften mit einem höheren Kinderanteil und daraus resultierend mit einem höheren Transfereinkommen.

---

<sup>24</sup> <http://www.hintergrund-verlag.de/texte-islam-hartmut-krauss-islamisierung-als-reales-phaenomen.html>

<sup>25</sup> Vgl. zum Beispiel <http://www.tagesschau.de/ausland/indonesien-fluechtlinge-101.html>

<sup>26</sup> Neue Osnabrücker Zeitung vom 21. Mai 2015, S. 4.

Im Vergleich zu ausländischen Männern haben ausländische Frauen "häufiger keine abgeschlossene Berufsausbildung (56% zu 40%). Dies ist vor allem bei türkischen Frauen der Fall (70%); der entsprechende Anteil liegt bei Polinnen nur bei 24%" (BAMF: Fortschritte der Integration 2010, S. 15f.). Damit korrespondiert, dass Türkinnen sehr viel seltener ganz- oder halbtags erwerbstätig sind als Frauen anderer Ausländergruppen (aus Polen, Italien, Ex-Jugoslawien und Griechenland).

Trotz ihres mit Abstand niedrigstem Bildungsniveau im Vergleich zu anderen Zuwanderergruppen weisen Personen türkischer Herkunft die geringsten Teilnahmequoten an Weiterbildungsmaßnahmen auf. (Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 146). Abstrahiert man von den oftmals islamgeschädigten und systemoppositiven (antiislamistischen) Zuwanderern aus dem Iran, dann zeigt sich für Immigranten aus dem Nahen Osten, dass nur 63 Prozent all jener im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung stehen. Besonders niedrig ist die Erwerbsbeteiligung unter Frauen. Die Hausfrauenquote ist nach der von afrikanischen Frauen mit 45 Prozent die zweithöchste. Dabei wird dieser Durchschnittswert vor allem von Migrantinnen aus dem Libanon und dem Irak geprägt, von denen sich über zwei Drittel dem Arbeitsmarkt gar nicht erst zur Verfügung stellen. Migranten aus dem Nahen Osten hängen zudem zu 32% von öffentlichen Leistungen ab (Höchstwert). Obwohl ein Teil dieser Gruppe formal gut bis hoch qualifiziert ist, findet er nur selten eine entsprechende Beschäftigung.<sup>27</sup>

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den afrikanischen Immigranten: "Mit 20 Prozent weist diese Gruppe zusammen mit jener aus dem Nahen Osten die mit Abstand höchste Erwerbslosenquote auf. ... Ein Viertel aller afrikanischen Migranten zwischen 15 und 64 Jahren bezieht den hauptsächlichlichen Lebensunterhalt aus öffentlichen Leistungen, ein Wert, der nur von der Migrantengruppe aus dem Nahen Osten übertroffen wird."<sup>28</sup>

Grundsätzlich zeigt sich der folgende arbeitsmarktpolitische Grundwiderspruch: Einerseits ein vielfach beklagter Fachkräftemangel, der durch Zuwanderung behoben werden soll, bei andererseits gleichzeitiger Existenz einer hohen Zahl von geringqualifizierten, relativ jungen und fehlsozialisierten Migranten mit einem zum Teil recht hohen Anomiepotenzial.

## 2. Ungesteuerte Zuwanderung als soziokulturelle "Bereicherung"?

Kann also keinesfalls von einer pauschalen sozialökonomischen "Bereicherung" durch das bisher akkumulierte Zuwanderungsgeschehen gesprochen werden, so gilt das auch für die euphemistische Werbeparole der "Vielfalt" und "Buntheit". Was hier soziokulturell tatsächlich vorherrscht, ist vielmehr eine überwiegende reaktionär-regressive Eintönigkeit und Farblosigkeit.

So waren bereits 2013 64,9 % der Asylbewerber Muslime. "Die Betrachtung der Asylbeanträge des Jahres 2014 unter dem Aspekt Religionszugehörigkeit zeigt, dass mit 63,3 % Angehörige des Islam den größten Anteil der Erstantragsteller bilden, gefolgt von Christen mit 24,6 %. Damit gehören mehr als vier Fünftel (87,9 %) der Erstantragsteller einer dieser beiden Religionen an. An dritter Stelle folgen Yeziden mit 3,7 %." (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen. Asyl. 2014, S. 24)

Obwohl man nicht alle Muslime über einen Kamm scheren kann, ist doch realistisch davon auszugehen, dass ein Großteil sozialisatorisch durch die orthodox-islamischen Weltanschauungsinhalte und Normvorgaben<sup>29</sup> geprägt ist und entsprechende Bewusstseins- und Verhaltensformen aufweist, die sich nicht so leicht von der subjektiven "Festplatte" löschen lassen.<sup>30</sup> Hinzu kommt, dass die orthodox-islamischen Mainstreamakteure auf den Auf- und Ausbau gegengesellschaftlicher Sozialräume bedacht sind, in denen die grund- und menschenrechtswidrigen, anti-säkularen und antiemanzipatorischen Vorgaben des Islam tradiert, verinnerlicht und reproduziert werden können<sup>31</sup>.

Der eigentliche Wesenskern der gesamten konfliktbeladenen Auseinandersetzung um Zuwanderung, Flüchtlingspolitik, Integration etc. liegt in dem objektiven Antagonismus zwischen europäischer säkular-demokratischer Lebenskultur einerseits und orientalischer islamisch-gottesherrschaftlicher Lebenskultur andererseits. Der Versuch, diesen Gegensatz ideologisch-politisch oder gar mittels juristischer Repression und/oder antiislamkritischer Hetzkampagnen zu eliminieren bzw. eine "multikulturalistische" Eintracht per Dekret durchzusetzen, muss über kurz oder lang scheitern bzw. in den offenen Bürgerkrieg führen. Diesbezügliche Vorboten sind bereits jetzt klar erkennbar<sup>32</sup>.

Die westlich-europäische Moderne und ihre Werteordnung basieren auf der kulturrevolutionären Durchbrechung des vormals verabsolutierten theozentrischen Weltbildes, die als geistige Voraussetzung für die Überwindung der vormodernmittelalterlichen Gesellschaftsordnung wirkte. Daraus resultierte im weiteren historischen Entwick-

---

<sup>27</sup> Berlin Institut 2014, S. 39.

<sup>28</sup> Berlin Institut 2014, S. 40.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu ausführlich Krauss 2013, Nagel 2014.

<sup>30</sup> Vgl. hierzu grundsätzlich: <http://www.gam-online.de/text-islam%20und%20muslime.html>

<sup>31</sup> Dieser Zusammenhang wird in folgendem Text genauer beleuchtet: <http://www.hintergrund-verlag.de/texte-islam-hartmut-krauss-islamisierung-als-reales-phaenomen.html>

<sup>32</sup> Michael Ley: Der Selbstmord des Abendlandes. Die Islamisierung Europas. Osnabrück 2015. (Im Erscheinen)



lungsgang die Ausprägung und gesellschaftliche Verallgemeinerung eines rationalinnerweltlichen Tätigkeits- und Denksystems ohne jeglichen Gottesbezug. In Anlehnung an Kant ausgedrückt: Der individuell-gesellschaftliche Mensch erfährt sich zunehmend als selbstbestimmtes Subjekt; die Sphäre des Glaubens wird einschneidend eingeschränkt und die Sphäre des Wissens enorm erweitert.

**Demgegenüber verkörpert der Islam als vormoderne religiöse Herrschaftsideologie mit absolutem Geltungs- und Normierungsanspruch die totale ("konterrevolutionäre") Negation der säkularen Moderne sowie der aus ihr hervorgehenden Lebensordnung.** Das gesamte menschlich-gesellschaftliche Sein wird unter allumfassende Gottesabhängigkeit in Form religiöser Gesetzes- und Normvorgaben gestellt<sup>33</sup>; die Menschen werden glaubensdogmatisch zu gehorsampflichtigen "Gottesknechte" degradiert<sup>34</sup> und die Sphäre des Glaubens als Sphäre des unfehlbaren Wissens ausgegeben<sup>35</sup>. Dadurch generiert und reproduziert die islamische Herrschaftskultur beständig gesellschaftliche Rückständigkeit und fesselt die in ihr sozialisierten Individuen in extrem antiemanzipatorisch-autoritären Bewusstseinsformen und Mentalitäten<sup>36</sup>.

Die aktuell flächendeckenden Bürgerkriege, terroristischen Aufstände und Massenunruhen in islamischen Ländern und Gebieten mit starken muslimischen Bevölkerungsanteilen sind Ausdruck der strukturellen Unfähigkeit der islamischen Herrschaftskultur zu einer dringend notwendigen Modernisierung und Demokratisierung aus eigenen kulturellen Antriebskräften. Die reaktionäre Vorherrschaft des Islam als allseitiger vormoderner Regulierungsinstanz, die Recht, Politik, Staat, Alltag, Bildungsinhalte, Heirats-, Kleidungs- und Essverhalten etc. monokratisch normiert, wirkt als scheinbar unüberwindliche Barriere. Nur eine radikale Auflösung dieser herrschaftskulturellen Monokratie könnte hier Abhilfe schaffen.

Indem nun aber der Islam eine frühmittelalterliche Sozialordnung göttlich überhöht und raum-zeitlich verabsolutiert bzw. zum absoluten Ideal erhebt, ist ihm eine irreversible Tendenz zur "Selbstradikalisierung" innewohnend: Da sich der objektive Gegensatz zwischen idealisierter Vergangenheit und sich fortschreitend verändernder sozialer Realität permanent verschärft und vertieft, sind die orthodoxen und konsequenten Anhänger des Islam subjektiv dazu verdammt, auf diesen Antagonismus mit immer radikaleren Einstellungen, Mitteln und Methoden zu reagieren.

Tilman Nagel verweist in diesem Kontext auf den russischen Islamwissenschaftler Aleksandr Ignatenko, der in einem Aufsatz diesen "endogenen Radikalismus des Islams" aus der Tatsache ableitet, "daß das Postulat der göttlichen Herkunft aller Normen dazu zwingt, immer wieder auf ein und denselben Grundstock von autoritativen Aussagen zurückzugreifen. Je weiter die Geschichte fortschreitet, desto störender macht sich der kulturelle und intellektuelle Abstand zu den Verhältnissen bemerkbar, die sich in jenen Aussagen widerspiegeln - und desto heftiger ist für die Gläubigen der Impuls, die Forderungen der autoritativen Texte in ‚reiner‘ Form zu verwirklichen." (Nagel 2014, S. 217)<sup>37</sup>.

Eine universalistische Menschenrechtsorientierung ist unvereinbar mit einem kulturellrelativistisch halbierten und dekadenten Humanismus, der praktisch-konkret nur Europa in die Pflicht nehmen will, aber weder für den arabischen noch für den asiatischen Teil der islamischen Herrschaftsregion gelten soll. Hauptzielsetzung einer progressivhumanistischen Politik, die mehr sein will als pseudophilantropische Symptombekämpfung, müsste es vielmehr sein, auf die Durchsetzung modernisierter und menschenrechtskonformer Gesellschafts- und Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern der Immigranten hinzuwirken.

Alle anderen, "gutmenschlich" verbrämten Ersatzstrategien wie die Umwandlung Deutschlands und Europas in eine diversifizierte Rettungs- und Helferstation für entwicklungsblockierte nichtwestliche Herrschaftskulturen, laufen im Endeffekt auf eine quantitative Ausdehnung und qualitative Verschärfung der global vernetzten Krisenprozesse hinaus. Vereinfacht ausgedrückt: Dort wird es nicht besser und hier zunehmend schlechter.

---

<sup>33</sup> "Der Islam war schon immer totalitär. Er beherrschte praktisch jeden Gedanken und jede Handlung der Gläubigen. Für dieses Verhältnis stand symbolisch zum Beispiel das Hersagen der Bismillah auch während der unwichtigsten Tätigkeit ebenso wie die allumfassende Bedeutung der Überlieferungen. Jegliche Handlungen, selbst diejenigen, die äußerst fundamentalen biologischen Bedürfnissen entsprechen wie Defäkation oder Koitus, wurden durch religiöse Vorschriften bestimmt. Selbst gesellschaftliche Handlungen, die in anderen Kulturen für außerhalb der Religion stehend angesehen werden, seien sie technischer, wirtschaftlicher oder künstlerischer Natur, wurden in das System integriert und religiös ausgelegt. Jegliche Handlung, Einrichtung, selbst jeglicher Gedanke, der dem System fremd war, wurde entweder abgelehnt oder, wenn dies nicht möglich war, eingegliedert und islamisiert" (Rodinson, zit. n. Gopal 2006, S. 411f.).

<sup>34</sup> Im Koran Sure 51, Vers 56 heißt es: "Ich habe (Dschinnen und) die Menschen nur geschaffen, damit sie mich verehren". Diese bedingungslose "Hingabe an Gott" bzw. "Unterwerfung unter den Willen Gottes" - die eigentliche Bedeutung des Wortes ‚Islam‘ - beinhaltet die Befolgung eines allumfassenden Vorschriftenkataloges als den wahren Gottesdienst.

<sup>35</sup> Insbesondere für den Islam gilt ungebrochen: Die Theologie "hat das menschliche Denken nur geblendet und nichts als Streit, Spaltung und Feindseligkeit hervorgebracht, wodurch das Blut der rasenden Menschen, die sie mit Eifer betörte, in Strömen floß." (Du Marsais/Holbach S. 179)

<sup>36</sup> Dass sich aus diesem soziokulturellen Herrschaftskontext ein kleinerer Teil lösen kann und sich der säkularen Werteordnung öffnet, ändert nichts an der dominanten Determinationsrichtung und -wirkung.

<sup>37</sup> Die explizite historisch-dialektische Aufdeckung dieses "endogene Radikalismus" ist eine weitere wissenschaftliche Widerlegung jener flachen (mechanistischen) "Deprivationsthese", die radikal-islamische Verhaltensmuster bzw. Radikalisierungsprozesse von Muslimen ausschließlich aus "sozialer Benachteiligung" und/oder "Diskriminierung" ableitet. Vgl. hierzu Krauss/Vogelpohl 2010.

### 3. Ungesteuerte Zuwanderung als gesellschaftlicher Destabilisierungsfaktor

Nicht böswillig zugeschriebener "Rassismus"<sup>38</sup>, sondern die Unvereinbarkeit von säkularer Moderne und islamischer Herrschaftskultur ist der tiefere, zum Teil intuitiv und zum Teil kenntnisbasiert erfasste Grund für die Vermassung islamkritischer Einstellungen in Europa. Zu einem großen Teil beinhaltet die über den Pfad der Ost-West-Migration verlaufende "Globalisierung" einen Import des Regressiven, Reaktionären und Antiemancipatorischen in Gestalt vormoderner, offen oder verhüllt auftretender aggressiv-antisäkularer Einstellungs- und Handlungsmuster. Die re-aktive Ablehnung, Abwehr und Reduktionsabsicht gegenüber diesem Zustrom ist durchaus rational begründet und entspricht dem legitimen Interesse der Verhinderung einer zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Lageverschlechterung infolge externer Einwirkungen, wie sie aus dem ungesteuerten Migrationsgeschehen resultieren. Im Grunde geht es um die Verteidigung der noch vorhandenen (Rest-) Bestände der kulturellen Moderne, die durch das dialektische Zusammenspiel von "McWorld & Jihad" (Barber) zunehmend paralytisiert werden.

Die herrschende Klasse und ihr politisch-mediales Dienstpersonal gefährden mit ihrer globalkapitalistisch-multikulturalistischen Kommandopolitik immer stärker die gesellschaftliche Stabilität und zerstören den "Bürgerfrieden". Tilmann Nagel (2014, S. 51) hat recht, wenn er feststellt: "Der Verzicht auf eine an den Interessen der aufnehmenden Bevölkerung ausgerichteten Integrationspolitik ist ein wesentlicher Faktor der grassierenden Politikverdrossenheit, die die Fundamente unserer Demokratie untergräbt."

**Tatsächlich werden durch verordnete Fremdenliebe, Hasskampagnen gegen Islamkritik, naive Multikulti-Ideologie, politisch-korrekte Nachrichtenzensur und verleumderischen "Antirassismus" "Wutbürger" regelrecht herangezüchtet und dubiosen Abendlandrettern in die Arme gerieben.** Wer unter diesen Bedingungen noch etablierte Parteien wählt, ist selber schuld. Zusätzlich zu den bereits angehäuften Problemlagen, die aus der massenhaft gescheiterten Integration von muslimischen Zuwanderern resultieren (Ansammlung radikalislamischer Kräfte und Organisationen; Etablierung autoritär-patriarchalischer Sozialmilieus; Herausbildung eines islamisch normierten Subproletariats; Aufbau einer islamischen Paralleljustiz<sup>39</sup>), führt die aktuelle "Flüchtlingswelle" und der kostspielige Aufenthalt einer großen Zahl illegaler Immigranten zu einer Erweiterung (Auffüllung) und Verschärfung gesellschaftlicher Bedrohungs- und Destabilisierungspotenziale.

#### Hierzu einige konkrete Anhaltspunkte:

1. Wie bereits ausgeführt, **immigrieren nicht nur Kriegsflüchtlinge und tatsächlich Asylberechtigte, sondern auch eine große Zahl von Personen ohne Asylanspruch** (illegal Einreisende). Unter der letztgenannten Gruppe befinden sich auch gezielt eingeschleuste islamische Terroristen. Nach Aussagen des Beraters der libyschen Regierung, Abdul Basit Haroun, bringe der "Islamische Staat" (IS) seine Kämpfer ganz bewusst auf Flüchtlingsbooten unter, damit diese so unentdeckt nach Europa gelangen können. Denn die europäische Polizei sei nicht in der Lage, zwischen IS-Kämpfern und "normalen Flüchtlingen" zu unterscheiden<sup>40</sup>.

2. **Der unregulierte und abrupt ansteigende Zustrom von Asylbewerbern, Flüchtlingen und illegal Einreisenden stellt Städte und Gemeinden zunehmend vor vielfältige Unterbringungs-, Betreuungs- und Finanzierungsprobleme, wobei letztere immer von der Klasse der steuerzahlenden Bürger aufzubringen sind - egal wie auch immer das Gerangel zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausgeht.** Verärgert und für manche wehleidigen Gemüter im Tonfall etwas polemisch, aber im Kern völlig zutreffend und den Gewinninteressen der Migrationsindustrie direkt entgegengesetzt, heißt es in einem dem Autor vorliegenden Leserbrief: "Über eine Billion Euro Schulden, marode Straßen und Schulen, wachsende Armutstafeln, steigende Armutszahlen, eine wachsende Zahl von kranken Arbeitnehmern ... was soll's, wir Deutsche sind ein reiches Land!"

Dieser Reichtumsmythos in Verbindung mit dem Diktat der politischen Korrektheit wird mittlerweile punktuell von kommunalen Entscheidungsträgern vergessen bzw. zwingt diese unter dem Druck der unhintergehbaren Wirklichkeit zur Umorientierung. So forderten 15 Bürgermeister und Landräte aus Nordrhein-Westfalen in einem "Brandbrief" an die NRW-Ministerpräsidentin Hanelore Kraft, "Menschen mit bestandskräftig festgestellten Ausreiseverpflichtungen in ihre Heimatländer zurückzuführen, um die notwendigen Plätze für um ihr Leben fürchtende Flüchtlinge freizuziehen." Gerügt wird vor allem die Praxis, auch bei abgelehnten Asylanträgen von Personen aus sicheren Herkunftsländern wie Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina jeden Fall einzeln zu überprüfen, bevor tatsächlich eine Abschiebung erfolgen kann.

3. Zwar gibt es immer wieder weit verstreute **lokale und regionale Berichte über die zahlreichen kriminelle Taten, sexuelle Belästigungen, Gewalthandlungen etc. von Asylbewerbern innerhalb und außerhalb von Asylunterkünften.** Aber diese werden in den Mainstreammedien systematisch ausgeblendet und tabuisiert oder durch aufgesetzte Moralposen a priori dementiert und mit dem Moderessentiment des pauschalen Rassismusvor-

<sup>38</sup> Der Rassismusvorwurf ist mittlerweile durch pseudolinke Kräfte in eine ideologische Verleumdungskeule verwandelt worden, deren Handhabung neofaschistische Züge angenommen hat. Diese Begriffsvergewaltigung nützt wiederum im Endeffekt nur den echten Rassisten. Vgl. hierzu folgende Texte: <http://www.gam-online.de/text-begriffserklärung.html> und <http://www.gam-online.de/Bilder/ZENKLUSEN%20Ist%20der%20Antirassismus%20faschistoid%20geworden.pdf>

<sup>39</sup> Vgl. Krauss 2013.

<sup>40</sup> <http://www.bbc.com/news/world-africa-32770390>

wurfs abgewehrt. Auf diese Weise wird beständig eine an konkreten Fakten orientierte Realitätsverarbeitung und Problembewältigung bereits im Keim erstickt. Es ist zweifellos notwendig und selbstverständlich, massiv gegen rechtsextremistische Gewalttaten und Übergriffe auf Zuwanderer vorzugehen und rechtsradikaler Propaganda entgegenzuwirken. Allerdings wird hierbei so gut wie alles falsch gemacht. Denn die vorherrschende, politisch-medial weitgehend gleichgeschaltete Zuwanderungs- und "Buntheits"-Propaganda verleugnet einerseits die realen Folgen und sich verschärfenden Probleme ungesteuerter Zuwanderung und verfällt andererseits immer wieder in eine pauschale Diffamierung rational-kritischer Einstellungen. **Damit wird aber eine Spirale gesellschaftspolitischer Dekadenz und öffentlicher Diskursverluderung in Gang gesetzt, die rechtsextremistischen Kräften und populistischen Vulgarisieren überhaupt erst den gegenwärtigen Auftrieb und Spielraum verleiht**<sup>41</sup>.

## **Grundlegende Aspekte eines problemadäquaten Handlungskonzepts**

Im Gegensatz zu einer oberflächlichen, an Folgenbewältigung und nicht an Ursachenbekämpfung orientierten Politik, die über den propagandistischen Pfad der Mitleidserregung extern entstandene Probleme internalisiert und damit im Interesse bestimmter migrationsindustrieller Gruppen kontraproduktiv verlagert, gilt es ein Konzept der kausalerorientierten Problembewältigung umzusetzen, das destruktive Symptomabwälzung vermeidet und die legitimen Interessen der europäischen Aufnahmeländer berücksichtigt. **An Stelle des untauglichen Versuches, Europa in ein "selbstloses" Reha-Zentrum entwicklungsblockierter nichtwestlicher Herrschaftssysteme und -kulturen zu verwandeln, muss eine globale Menschenrechtsordnung durchgesetzt werden.**

**Hierfür sind folgende Orientierungen und Maßnahmen zentral:**

**1. Von wesentlicher Bedeutung für die mittel- und langfristige Eindämmung der Zahl von Kriegsflüchtlingen ist die möglichst baldige Zerschlagung der islamistischen Terrorgruppen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika als oberstes Ziel.** Im Interesse der konsequenten Beseitigung dieser religiösen Barbarei gilt es vor allem, eine effektive Anti-IS-Koalition unter Einschluss von Russland und China auf die Beine zu stellen und in diesem Sinne vermeidbare bzw. seitens des Westens künstlich hochgeschaukelte EU-Gegensatzszenarien wie den Ukraine-Konflikt zu deeskalieren und in diesem Kontext aufgeputschte antirussische Propaganda zurückzuschrauben. Erforderlich ist folglich eine unverzügliche internationale Konferenz zur multidimensionalen Bekämpfung des internationalen islamischen Terrorismus an Haupt und Gliedern.

**2. Von entscheidender Bedeutung für die Eindämmung des Zustroms von Armutsflüchtlingen/Scheinasylanten ist die Zurückdrängung und Überwindung religiöspatriarchalischer Strukturen als Ursache für Überbevölkerung und der sich daraus ergebenden chronischen Bildungs- und Arbeitsplatzmisere.** Dementsprechend ist es notwendig, ökonomischen und politischen Druck auf die entsprechenden Länder auszuüben und entwicklungspolitische Projekte sowie Wirtschaftshilfeabkommen mit diesbezüglichen Auflagen (Maßnahmen zur Empfängnisverhütung, gegen Polygamie, fremdbestimmte Verheiratung Minderjähriger sowie gegen weibliche Genitalverstümmelung etc.) zu versehen bzw. davon abhängig zu machen.

**3. An die Stelle militärischer und politischer Kollaboration mit menschenrechtswidrigen Regimen (inklusive Lieferung von Waffen und Sicherheitstechnik etc.) wie zum Beispiel den djihadfördernden und Fremdarbeiter ausbeutenden Golfmonarchien (Saudi-Arabien, Kuwait, Katar etc.) muss eine gezieltere Unterstützung säkularer und modernisierungsorientierter politischer Kräfte mit klarer antiislamistischer Ausrichtung treten.** Zu unterstützen sind jene oppositionellen Kräfte in den betreffenden Ländern und Regionen, die sich gegen Korruption, Vetternwirtschaft, politische Repression und inhumane Lebensbedingungen zur Wehr setzen.

**4. Anstatt europäische und deutsche Geldströme in nachgeschaltete Symptombekämpfung wie die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und kostenintensive Verwaltung etc. von überwiegend illegalen Zuwanderern zu leiten, ist es sinnvoller, in den betroffenen Krisenländern präventive und kausalthérapeutische Maßnahmen zu finanzieren; insbesondere zur Aufklärung, Empfängnisverhütung, Stärkung der Frauenrechte, Verbesserung der Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur etc.** Denn: In Sekundarbildung qualifizierte Frauen "bekommen nicht nur später und weniger Kinder als Frauen mit weniger Schulbildung, sie ziehen auch gesündere Kinder groß und sorgen dafür, dass diese ihrerseits eine gute Ausbildung erlangen. Bildung ist statistisch der wichtigste Faktor für ökonomisches Wachstum."<sup>42</sup> Da aber aufgeklärte und besser ausgebildete Frauen den zählebig tradierten islamisch-patriarchalischen Herrschaftsanspruch untergraben und tendenziell in Frage stellen, richtet sich der islamistische Haram-Terror nicht zuletzt gegen verbesserte Bildungschancen für Frauen.

**5. Menschen mit kultureller Prägung lassen sich entgegen verdinglichender neoliberaler/multikulturalistischer Ideologie nicht "globalisieren" wie Waren und Geld.** Die EU sollte sich deshalb auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylanten konzentrieren, die verfolgten nichtmuslimischen Minderheiten angehören oder als Oppositionelle gegen islamische Herrschaftsverhältnisse verfolgt werden und eine stärkere soziokulturelle Affinität mit säkularen Wertorientierungen aufweisen. Demgegenüber sollten muslimische Flüchtlinge in sicheren islamischen Ländern Aufnahme finden. Schiiten und Alawiten im Iran, Sunniten in den arabischen Golfmonarchien und Rohingyas in Indonesien und Malaysia.

---

<sup>41</sup> Hierzu mein Artikel: Zuwanderungsdebatte zwischen Realitätsverzerrung und Volksverhetzung. Eine kritische Betrachtung verfehlter Frontstellungen. <http://www.gam-online.de/text-zuwanderungsdebatte.html>

<sup>42</sup> Klingholz/Sievert 2014, S. 28.

6. **Erforderlich ist eine nachhaltige Bekämpfung der kriminellen Schleusermafia und ihrer Infrastruktur.** Demensprechend gilt es, entgegenstehende Regelungen und Strukturen zu überwinden sowie Diskurse der Verharmlosung zurückzudrängen, die Schleuserkriminalität, Anstiftung zur Urkundenfälschung und Anleitung zum Asylbetrug als "mitmenschliche Hilfe" verharmlosen. Stärker in die Pflicht zu nehmen sind in diesem Zusammenhang auch jene Staaten, von denen aus die Schleuserbanden weitestgehend ungehindert agieren können. "Die EU sollte stärker mit jenen Staaten kooperieren, aus denen die Migration ihren Verlauf nimmt. Explizites Ziel sollte es sein, Schlepperbanden und Menschenhandel zu unterbinden und damit zu verhindern, dass Boote mit irregulären Migranten überhaupt in See stechen" (Klingholz/Sievert 2014, S. 25).

7. Der Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen kommt zweifellos oberste Priorität zu. **Allerdings sollte das quasiautomatische Verbringen von geretteten Flüchtlingen nach Europa als zentraler Pull-Faktor ausgeschaltet werden.** In diesem Sinne wären zwecks Rückführung von irregulären Immigranten Abkommen mit jenen Ländern zu schließen, von denen aus die Flüchtlingsboote starten.

8. **Sinnvoll wäre es, wenn Deutschland und andere EU-Staaten bestimmte Jahreskontingente für legale Zuwanderung festlegen und ausschreiben würden, für die sich auch Personen aus den genannten Krisenländern zwecks Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme bewerben können.** "Unabhängig davon ist", wie die Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte e.V. betont, "das Ausländer- und Zuwanderungsrecht insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Wir fordern ein Abschiebeverbot für islamkritische und demokratischoppositionelle Regimegegner sowie für verfolgte und von Genitalverstümmelung bedrohte Frauen und Männer in islamische Länder. Andererseits muss die Aufnahme von Flüchtlingen aus islamischen Kriegsländern mit intramuslimischen Konfliktszenarien (zwischen Sunniten, Schiiten, Alawiten) begrenzt werden. Im Kontext dieser muslimischen Kriege sind vielmehr jene Länder stärker in die Pflicht zu nehmen, die, wie Saudi-Arabien und Katar oder der Iran, die Konflikte schüren und mit Waffenlieferungen und militärischer Unterstützung anheizen und obendrein, wie insbesondere die superreichen Ölmonarchien, über große Finanzmittel zur Flüchtlingsaufnahme und -versorgung verfügen."<sup>43</sup>

9. **Von zentraler Bedeutung sowohl für die Ausschaltung der Anziehungskraft illegaler Zuwanderung als auch für die Vermeidung nachvollziehbarer Bürgerproteste ist andererseits die grundlegende Beseitigung des aktuellen Missstandes der rechtswidrigen Abschiebeverschleppung illegal eingereister Personen.** Vor diesem Hintergrund der großen Zahl nichtabgeschobener illegaler Immigranten ist auch die aktuell vorgeschlagene Quotenregelung der EU-Kommission als realitätsfremd in Frage zu stellen<sup>44</sup>.

10. **Die Forderung nach Verkürzung der Asylverfahren ist grundsätzlich zu unterstützen. Ebenso zielt eine möglichst rasche berufliche Eingliederung anerkannter Asylbewerber in die richtige Richtung.** Generell sollte das Prinzip gelten: **Raschere Integration Asylberechtigter, schnellere Abschiebung Illegaler.** Zu vermeiden ist allerdings der rechtswidrige, aber kapitalfunktionale Versuch, aus Illegalen billige Arbeitskräfte auf Abruf und Zeit zu machen und so das Prekariat bzw. das Heer atypisch Beschäftigter im Niedriglohnsektor aufzufüllen - das Ganze natürlich unter der Maskerade gutmenschlicher (Wirtschafts-)Liberalität.

11. **Grundsätzlich sollte eine Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu Lasten von Einheimischen und lange in Deutschland lebenden Einwanderern unterlassen werden** - wie etwa durch Verdrängungskündigungen oder erzwungener Zweckentfremdung öffentlicher Einrichtungen wie Turnhallen, Bildungsstätten etc.<sup>45</sup> Hier zeigt sich in lokal zugespitzter Form, dass die unregulierte "Flüchtlingsaufnahme" aus dem Ruder läuft und vermeidbare Konflikte induziert.

12. **Nicht zuletzt ist eine transparente statistische Information der zuständigen Institutionen einzufordern** (Arbeitsmarktstatistik, Bildungsstatistik, Kriminalitätsstatistik etc.), die über den konkreten Werdegang sowie den realen Integrationsstand der Asylbewerber und Flüchtlinge sachgerecht Aufschluss gibt und eine rationale Debatte ermöglicht.

---

## Literaturverzeichnis:

- Arabischer Bericht über menschliche Entwicklung 2009. Herausforderungen für die menschliche Sicherheit in den arabischen Staaten (Kurzfassung). New York 2009. Arsel, Ilhan: "Die Frauen sind eure Äcker". Frauen im islamischen Recht. Übersetzt und herausgegeben von Arzu Toker. Aschaffenburg 2012.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen.

---

<sup>43</sup> <http://www.gam-online.de/Bilder/S%C3%A4kulare%20Lebensordnung-Programm.pdf>

<sup>44</sup> Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, 40.000 Flüchtlinge aus Lagern in Italien und Griechenland sowie weitere 20.000 Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg per Quotenregelung auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Als Schlüssel für die Quotenfestlegung sollen die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsgröße, die Arbeitslosenquote sowie die Zahl der bereits aufgenommenen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber dienen.

<sup>45</sup> Siehe zum Beispiel: <http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/fluechtlinge-notfall-unterkunft-waldkraiburg-100.html> und <http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/zweites-asylbewerberheim-fuer-bautzen-gewerbetreibende-haben-kuendigung-bekommen-1090289/>

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin 2014.
  - Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Demos-Newsletter 184, 27.03.2015. Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeitsmarkt in Deutschland - Menschen mit Migrationshintergrund auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktberichterstattung, März 2014.
  - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8. Nürnberg 2010.
  - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Referat 124: Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl.
  - Du Marsais, César Chesneau; Baron d' Holbach, Paul-Henri Dietrich: Essay über die Vorurteile oder Vom Einfluß der Meinungen auf die Sitten und das Glück der Menschen, eine Schrift, die die Verteidigung der Philosophie enthält. Leipzig 1972.
  - Gopal, Jaya: Gabriels Einflüsterungen. Eine historisch-kritische Bestandsaufnahme des Islam. 2. erweiterte Auflage Freiburg 2006.
  - Klingholz, Reiner; Sievert, Stephan: Krise an Europas Südgrenze. Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer? Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Discussion Paper 16, Oktober 2014.
  - Der Koran. Übersetzung von Rudi Paret. 10. Auflage. Stuttgart 2007.
  - Krauss, Hartmut: Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme. Osnabrück 2008.
  - Krauss, Hartmut: Der Islam als grund- und menschenrechtswidrige Weltanschauung. Ein analytischer Leitfa-den. Osnabrück 2013.
  - Krauss, Hartmut; Vogelpohl, Karin: Spätkapitalistische Gesellschaft und orthodoxer Islam. Zur Realität eines Desintegrationsverhältnisses jenseits von Verdrängung, Verschleierung und Bewältigungsromantik. In: Krauss, Hartmut (Hrsg.): Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden. Osnabrück 2010, S. 217- 262.
  - Ley, Michael: Der Selbstmord des Abendlandes. Die Islamisierung Europas. Osnabrück 2015. (Im Erschei-nen).
  - Nagel, Tilman: Angst vor Allah? Auseinandersetzungen mit dem Islam. Berlin 2014. Weltbevölkerungsbe-richt 2014. Kurzfassung.
  - [http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht\\_2014.pdf](http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/content/PDF/Weltbevoelkerungsbericht_2014.pdf)
-